

Die Wohnungsnot in Bern

Der Gemeinderat von Bern hat eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet. — „Spät kommt er, doch er kommt. Der lange Weg, Graf Jolan, entschuldigt Euer Säumen.“ Zwar hat die Presse vor dem 1. August, dem Hauptkündigungstag des Jahres, auf die schlimmen Verhältnisse hingewiesen, die das Stillliegen der Bautätigkeit, der Zustrom von Fremden und die Beschlagnahme vieler Wohnräume durch eigene und fremde Verwaltungen auf 1. November mit sich bringen müssen. Etwas früher hätte schon etwas geschehen sollen, um den Leuten, die in Bern wohnen müssen, diese Möglichkeit auch zu schaffen, schon deswegen, weil früher die Sache leichter gegangen wäre als jetzt, knapp vor Winter und nach Regelung aller möglichen Mietverträge auf eine neue Dauer. Das gilt auch für die Möglichkeit der Verlegung von Verwaltungen.

Das auf 23. Mai festgestellte Verhältnis der leeren Wohnungen zu der Bevölkerung (vgl. die Erhebungen des städtischen Statistikers) ist seither noch wesentlich schlimmer geworden, aber schon die Entwicklung des Wohnungsmarktes von 1913 bis 1917 war ein deutlicher Fingerzeig für die Zustände, die bis zum Winter ohne energische und rechtzeitige behördliche Fürsorge eintreten mußten. Im Mai 1913 kam noch auf 294 Einwohner eine leere Wohnung, im Mai 1917 erst auf 2250.

Die bekannte Eingabe der Jungreisinnigen hat den Gemeinderat in Schwung gebracht und der Schwung ist in der Mietnotverordnung und nun auch in der Eingabe an den Bundesrat zum Ausdruck gekommen. Leider ist die Mietnotverordnung nicht geeignet, neue Wohnungsmöglichkeiten für den Ueberschuß der Bevölkerung zu schaffen; immer noch sind nach den letzten Angaben 50 Familien obdachlos und müssen in öffentlichen Gebäuden untergebracht werden. Leider auch ist die Anregung von Maßnahmen zur Abschiebung solcher Einwohner, die gerade so gut anderswo leben können, nachgehinkt. Immerhin, irgend etwas geschieht offenbar in dieser Beziehung noch; die schärfere Fremdenkontrolle, an die man im Bundeshaus und in andern Verwaltungen eben doch glauben muß, wird einigermaßen Luft schaffen.

Aber damit ist die Sache nicht abgetan. Es muß gebaut werden. Es wird auch gebaut, aber die Blöcke B und C der Gemeindefortbauten werden das Wohnbedürfnis nicht rechtzeitig und nicht in genügendem Umfang decken können. Die Bestrebungen der privaten Architekten, neue Vorschläge zu machen, die entweder durch die Gemeinde oder mit ihrer Unterstützung zu verwirklichen wären, verdient alle Beachtung. Es wäre damit auch nicht etwa ein Novum geschaffen. Schon zu jener alten Zeit, als man noch von einem freisinnigen Gemeinderat sprechen konnte, ist auf Gemeindefortkosten gebaut worden, und als der Zement ausging, verwandte man Holz. Holz soll auch nach den letzten Vorschlägen der selbständig praktizierenden Architekten reichlich verwendet werden, damit die Wohnungen nicht lange auszutrocknen brauchen. Bis Mai würden bis 200 Kleinwohnungen (1 bis 3 Zimmer) erstellt sein.

Nun fehlt es aber nicht etwa nur an kleinen Arbeiterwohnungen. Es gibt weite Bevölkerungskreise, die in der Wohnfrage noch schlimmer dran sind als die Arbeiterschaft. Jedenfalls steht das Bedürfnis nach Neubauten auf der ganzen Linie im umgekehrten Verhältnis zu der Tätigkeit des Baugewerbes.

Das ist aber nicht alles, was über die Berner Wohnungsfrage zu sagen ist.

Wir machen die Behörden, vor allem die städtische Domänenverwaltung dringend darauf aufmerksam, daß wiederum die Gefahr der Privatspekulation mit Bauplänen da ist. Schon sollte ein Geschäftsmann aus Basel für eine halbe Million günstig gelegenes Terrain in der Nähe der Stadt auf gekauft haben.

Die Erfahrungen, die man mit der Kurzsichtigkeit der Behörden auf dem Brunnergut gemacht hat, dürfen sich nicht wiederholen. Die Aussichten auf eine rasche Entwicklung Berns nach Friedensschluß werden in Spekulantenkreisen sehr hoch eingeschätzt; sie treffen in der Stille ihre Maßnahmen, um sich ihren Schnitt zu sichern. Die Folge wird wie immer der Mieter zu tragen haben, der die Last nicht weiterwälzen kann, vor allem der wehrlose Festbesoldete.

Auf der Wertzuwachssteuer darf man sich nicht schlafen legen! Erstens hat man sie noch nicht, zweitens hilft sie dem Mieter nicht, drit-

tens hindert sie die Spekulation nicht. Die Stadt Bern wird jetzt schon über ihren gegenwärtigen Gemeindebann hinaus schauen und für die Zukunft sorgen, wenn sie von der Vergangenheit gelernt hat.